Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 49 (1970)
Heft: 7-8

Artikel: Die Neuformierung der französischen Sozialisten
Autor: Brügel, J.W.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-338263

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Dr. J. W. Brügel (London)

Die Neuformierung der französischen Sozialisten

Eingekeilt zwischen die Kräfte des Gaullismus und des Kommunismus, hatten die französischen Sozialisten bei dauernder Verminderung ihrer Basis im letzten Jahrzehnt eine schwere Existenz. Die Partei, die einst die stärkste Frankreichs war und zu der sich in ihren schlechtesten Jahren immer noch Millionen Wähler bekannten, hat jahrelang um ihre nackte Existenz gekämpft. Wiederholte Versuche, ihre Grundlage zu verbreitern und das Sammelbecken einer demokratischen Linken zu werden, schlugen fehl. Zuletzt hatte man es mit einer Föderation zwischen der historischen Partei des demokratischen Sozialismus, der SFIO, den ihren im Grunde linksbürgerlichen Charakter hinter einem irreführenden Parteinamen verbergenden Radikalsozialisten und einigen unabhängigen sozialistischen Organisationen versucht. Die Föderation stand unter der Führung des unabhängigen Politikers François *Mitterand*, aber ihre treibende Kraft und das einzig halbwegs organisierte Gebilde in ihr war die SFIO. Nach anfänglichen Erfolgen ist die Föderation zusammengebrochen – in den Maitagen von 1968 war von dem demokratischen Sozialismus nichts zu spüren, wiewohl die Föderation erst kurz vorher bei Wahlen nicht schlecht abgeschnitten hatte. Aber die Hoffnung, die einzelnen Glieder der Föderation würden einander ideologisch näherkommen, so dass dann daraus eine neue, einheitliche demokratisch-sozialdemokratische Partei erstehen könne, hat sich nicht erfüllt. Die SFIO war und blieb ein Glied der Sozialistischen Internationale, die Radikalsozialisten dachten aber nicht daran, ihre Mitgliedschaft in der Liberalen Internationale aufzugeben.

Aus der Erkenntnis heraus, dass aus welchen Gründen immer viele französische Sozialisten nicht bereit waren, sich der SFIO anzuschliessen (sie hielt hielt an der traditionellen Bezeichnung «Section Français de l'Internationale Ouvrière» noch fest, als die Sozialistische Internationale längst auf das Beiwort «Arbeiter» in ihrem Namen verzichtet hatte), kam man zu dem Beschluss, eine neue sozialistische Partei zu gründen und die SFIO in ihr aufgehen zu lassen, nicht ohne auf Widerstand der sozialistischen Traditionalisten zu stossen, die von Sorge um eine Verwässerung der sozialistischen Ideologie erfüllt waren. Der Beschluss fiel in die Zeit der Präsidentenwahlkampagne von 1969, die mit einem katastrophalen Misserfolg des sozialistischen Kandidaten Gaston *Deferre*, des Bürgermeisters von Marseille, endete. Während die Föderation bei gesamtstaatlichen Wahlen 15 bis 20 Prozent der Stimmen für sich buchen konnte, bekam Deferre nur 5 Prozent und damit nicht wesentlich mehr als der blosse Zählkandidat der PSU (Parti Socialiste Unifié), einer von der SFIO abgespaltenen, zahlenmässig bedeutungslosen Sekte.

Das war der Tiefpunkt der Bedeutung des französischen Sozialismus. Einst hatte die grosse Persönlichkeit Léon *Blums* die Sozialistische Internationale beherrscht. Es hat auch später keine internationale sozialistische Tagung gegeben ohne bedeutsamen Anteil der französischen Sozialisten. Der französische Sozialist Salomon *Grumbach* war einer der Architekten der 1951 neugegründeten Internationale. Aber am Internationalen Kongress in Eastbourne im Juni 1969 gab es zum erstenmal in der Geschichte überhaupt keine französische Delegation. Die französische Partei war nur durch einen Parteifunktionär als Beobachter vertreten, der zu keinem Punkt das Wort ergriff.

Seitdem hat sich, unbemerkt von der politischen Öffentlichkeit, in Frankreich der Gründungsprozess der neuen sozialistischen Partei vollzogen – nicht ohne grosse Schwierigkeiten. Sie heisst «Französische Sozialistische Partei» und legt Wert auf die Feststellung, dass sie die Erbin der SFIO ist. An ihrer Mitgliedschaft in der Internationale ändert sich nichts. Ausserhalb Frankreichs hat man die neue Partei bisher kaum zur Kenntnis genommen. Um diesen unerfreulichen Zustand zu beheben, haben Delegationen der französischen Sozialisten anfangs des Jahres zunächst Bonn aufgesucht und mit der SPD Fühlung genommen, deren politische Zielsetzungen in der Bundesregierung sich mit den Vorstellungen der französischen Sozialisten weitgehend decken. Diese verfolgen mit grosser Sympathie Willy Brandts Bemühungen, die Erstarrung im Verhältnis zum europäischen Osten zu überwinden.

Mitte Mai ist eine Abordnung aus Paris nach London gekommen, um mit der Labour Party in einen ersten Gedankenaustausch zu treten. Im Vordergrund stand natürlich das wichtigste Problem britisch-französischer Beziehungen, die Frage des zweimal am Veto de Gaulles gescheiterten Eintritts Grossbritanniens in die Europäischen Gemeinschaften. Auch zu de Gaulles Zeiten haben die französischen Sozialisten die britische Beitritsabsicht unterstützt, und sie tun es heute nicht minder. Aber ihre Möglichkeiten sind diesbezüglich recht beschränkt. Die Labour Party hat die Regierung inne, ihre Exponenten führen die Verhandlungen in und um Brüssel. Die französischen Sozialisten sind eine Oppositionspartei in einem weitgehend entmachteten Parlament. Trotzdem wollen sie ihr möglichstes tun, den britischen Beitritt, in dem sie eine Festigung von Demokratie und sozialistischen Kräften in Europa sehen, zu popularisieren.

In einer anschliessenden Pressekonferenz hat sich der Generalsekretär der neuen Partei in London vorgestellt. Die SFIO hatte nie einen Vorsitzenden; ihr wichtigster Exponent war nach dem Tod Léon Blums, der als Parteiführer eine überragende Position hatte, der Generalsekretär. (In der Vorkriegszeit hat der Gegensatz zwischen Blum und dem damaligen, dem defätistischen Flügel der Partei angehörenden Generalsekretär Paul Faure die Schlagkraft der Partei wesentlich gelähmt.) Der 1946 in einer Kampfwahl gegen seinen Vorgänger Daniel Mayer gewählte Gene-

ralsekretär Guy *Mollet*, zweimaliger Ministerpräsident, war bis zur Auflösung der SFIO 1969 bei weitem der mächtigste Mann der Partei, gestützt auf den Nordosten Frankreichs, in dem die Partei immer noch starke Position hat. (Mollet ist Bürgermeister von Arras.) Alain *Savary*, der Generalsekretär der neuen Partei, hat auch sein Amt erst nach einer Kampfwahl antreten können, aus der er nur mit ganz knapper Mehrheit über einen die SFIO-Tradition vertretenden Konkurrenten hervorging. Savary ist wegen der Algerienpolitik Mollets aus der SFIO ausgetreten und war dann ein unabhängiger Sozialist. Savary ist in Frankreich selbst eine nahezu unbekannte Grösse. Ausserhalb Frankreichs kennt man bisher kaum seinen Namen. Deshalb war man auf ihn und seine Mitteilungen über den Aufbau der neuen Partei recht neugierig.

Seinem Bericht zufolge hat die Französische Sozialistische Partei heute schon 80 000 Mitglieder. In dem 1969 gewählten Parlament verfügt sie über 43 Abgeordnete und 49 Senatoren. Bei den kürzlich abgehaltenen Gemeindewahlen (in den Gemeindeverwaltungen war auch die Stellung der SFIO in den Jahren de Gaulles stärker als im Parlament) erhielt sie im Durchschnitt 15 Prozent der Stimmen, sicher nicht allzuviel, aber doch auch wieder nicht verzweifelt wenig, wenn man bedenkt, dass die straff organisierte Kommunistische Partei Frankreichs es auch nicht auf mehr als 20 Prozent brachte. Was Savary über die Politik der neuen Partei sagte, liess kaum einen Unterschied gegenüber den von der SFIO immer vertretenen Grundsätzen erkennen. Über das Verhältnis zu den Kommunisten befragt, erwiderte Savary, man müsse da zwei Dinge unterscheiden, das gegenseitige Verhalten bei Wahlen und die Frage einer ideologischen Auseinandersetzung mit den Kommunisten. Es sei eine alte Tradition, dass in Frankreich die Linksstimmen in einem notwendig gewordenen zweiten Wahlgang dem sozialistischen oder kommunistischen Kandidaten zufallen, der im ersten Wahlgang mehr Stimmen als der Kandidat der Kommunistischen beziehungsweise Sozialistischen Partei erhalten hatte. (Was er nicht sagte, ist, dass die ans Dirigiertwerden gewöhnten kommunistischen Wähler der von ihrer Partei ausgegebenen Parole immer blind folgen, während viele sozialistische Wähler es nicht über sich bringen, eine Parole zu befolgen, ihre Stimme einem kommunistischen Kandidaten zu geben.) Diese Praxis werde beibehalten werden. In ideologischer Beziehung wünschen die Sozialisten einen «Dialog», eine «Konfrontation» mit den Kommunisten, um herauszufinden, ob es Berührungspunkte, Ansätze zu einer gemeinsamen Opposition gegen die herrschende Reaktion, gemeinsame Vorstellungen für eine bessere Zukunft Frankreichs gebe. Der Fall Tschechoslowakei habe diese Aufgabe nicht leichter gemacht, im Gegenteil, sie sei noch schwerer geworden. Aber man sollte, meinte Savary, nicht vorzeitig urteilen, ehe man zu einem Ergebnis gelangt ist. Savarys guten Willen in Ehren, aber weiss er nicht, dass sein Vorgänger Guy Mollet, durch 15 Jahre vor allem bekannt durch seine kompromisslose Ablehnung

jeder Zusammenarbeit mit den Kommunisten, in den letzten fünf Jahren genau das gleiche gesagt hat? Das Wort vom «Dialog», der zutage fördern solle, ob die französischen Kommunisten vom Standpunkt des demokratischen Sozialismus weniger ablehnungswert geworden sind, als sie es früher waren, stammt von Mollet, und dieser hat gleichfalls begehrt, man solle nicht vorzeitig urteilen und verurteilen. Mollet ist nach Prag gefahren, um mit Novotny zu verhandeln, und nach Bukarest, um sich von Ceausescu feiern zu lassen (die SFIO-Delegation wurde bei der kommunistischen Maifeier in Bukarest 1967 auf der Ehrentribüne postiert), aber es ist nie das geringste dabei herausgekommen. Auch bei dem nie richtig geführten «Dialog» in Frankreich nicht. Man muss der neuen Französischen Sozialistischen Partei das Glück wünschen, das ihrer Vorgängerin versagt geblieben ist, im allgemeinen und auch bei der Konfrontation mit den Kommunisten. Gewiss, in der ersten Aufwallung haben sich auch die französischen Kommunisten im August 1968 zum erstenmal in 50 Jahren von Moskau distanziert. Aber dieses von der Stimmung des französischen Volkes erzwungene Aufbegehren hat nur einige Tage gedauert. Wer ist so naiv, zu glauben, ein noch so geschickt geführter Dialog mit den französischen Kommunisten könne etwas anderes zutage fördern, als dass sie eben Kommunisten *pur et simple* sind?

Georg Scheuer (Paris)

Mitgefangen, mitgehangen . . .

Dieses Sprichwort aus dem deutschen Mittelalter steht unsichtbar über dem neuen französischen Gesetz gegen «verbotene Demonstrationen». Die politische Opposition von links und rechts bezeichnet das neue Dekret als «Bürgerkriegsgesetz», nach welchem nicht mehr bestimmte Personen für nachgewiesene Taten bestraft werden, sondern Unschuldige, die in unwillkürlicher Weise als «moralisch verantwortlich» bezeichnet werden.

Zwei Fälle solcher «moralischen Mitverantwortung» sind vorgesehen:

1. Eine friedliche und erlaubte Demonstration führt durch irgendwelche Umstände – beispielsweise durch Provokationen – zu gewalttätigen Ausschreitungen. In diesem Fall können die führenden Funktionäre der veranstaltenden Partei oder Organisation, ohne an der Demonstration überhaupt teilgenommen zu haben, zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt werden. Sie wandern einfach als «geistige Urheber» ins Gefängnis. Eine höchst einfache, aber wirksame Methode, in nächster Zeit missliebige Führer verschiedener Organisationen von Arbeitern, Bauern,